



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 13. Sitzung des Ortsbeirates Neustadt (OBR Neu/013/2015)**

**am Montag, 5. Oktober 2015,**

**17:30 Uhr**

**im Ortsamt Neustadt, Bürgersaal,  
Hoyerswerdaer Straße 3, 01099 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 17:30 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:05 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

André Barth

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Mandy Pretzsch

Mitglied Liste CDU

Lutz Barthel

Jörg Logé

Mitglied Liste DIE LINKE

Annegret Gieland

Holger J. C. Knaak

Nicole Schumann

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Torsten Abel

Oliver Mehl

Katja Meier

Tina Siebeneicher

Ulla Wacker

Mitglied Liste SPD

Prof. Dr. Christoph Meyer

Johanna Thielke

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Stefan Strauß

Mitglied Liste FDP

Benita Horst

Mitglied Liste PIRATEN

Marcel Ritschel

Stellvertretende Mitglieder

Sebastian Schindler

Klemens Schneider

Achim Wesjohann

Vertretung für Frau Kristin Hofmann

Vertretung für Frau Katja Meier (TOP 2 bis 4.1)

Vertretung für Herrn Marco Joneleit

**Abwesend:****Mitglied Liste DIE LINKE**

Kristin Hofmann

**Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen**

Marco Joneleit

**Gäste:**

Herr Stadtrat Torsten Schulze

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Imhof

Leiter Polizeirevier Dresden-Nord

Herr Melchers

Stellvertretender Leiter Polizeirevier Dresden-Nord

**Schriftführer/-in:**

Elsa Claus

**T A G E S O R D N U N G****Öffentlich**

- |            |  |                              |
|------------|--|------------------------------|
| <b>1</b>   | Kontrolle der Niederschrift zur 12. Ortsbeiratssitzung am 07.09.2015   |                              |
| <b>2</b>   | Information zur Kriminalitätsstatistik   |                              |
| <b>3</b>   | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates  |                              |
| <b>3.1</b> | Um- und Neugestaltung der Martin-Luther-Straße und Pulsnitzer Straße im Sanierungsgebiet Äußere Neustadt                                       | <b>V0597/15<br/>beratend</b> |
| <b>3.2</b> | Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteilbezogene Vorhaben (Fachförderrichtlinie der Ortsämter) | <b>V0448/15<br/>beratend</b> |
| <b>4</b>   | Informationen, Hinweise und Anfragen   |                              |
| <b>4.1</b> | Aktuelle Informationen zum Thema Asyl  |                              |
| <b>4.2</b> | Sonstige Informationen, Anfragen   |                              |

**öffentlich**

**Einleitung:**

Herr Barth, Vorsitzender, begrüßt die Mitglieder des Ortsbeirates sowie die Gäste zur 13. Sitzung des Ortsbeirates Neustadt. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass seitens des Geschäftsbereiches der TOP 3.1 (V0597/15) vertagt werde.

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Es sind 15 von 17 Ortsbeiräten anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit gewährleistet ist. Sonstige Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Für die Protokollunterzeichnung werden Herr Logé und Herr Mehl vorgeschlagen.

Frau Thoeke tritt der Sitzung bei. Es sind jetzt 16 Ortsbeiräte anwesend.

Der Vorsitzende gratuliert Frau Meier nachträglich zum Geburtstag.

**1 Kontrolle der Niederschrift zur 12. Ortsbeiratssitzung am 07.09.2015**

Die Niederschrift der 12. Ortsbeiratssitzung am 7. September 2015 wurde von Frau Meier und Herrn Ritschel unterzeichnet. Einwendungen liegen nicht vor. **Herr Logé** gibt bekannt, dass auf Seite 13 statt „Logé“ „Loge“ gemeint sei.

**2 Information zur Kriminalitätsstatistik**

**Herr Schindler** tritt der Sitzung bei. Es sind jetzt 17 Ortsbeiräte anwesend.

**Frau Meier** verlässt den Sitzungsraum, ihr Stellvertreter **Herr Schneider** tritt der Sitzung bei.

**Herr Imhof** stellt sich als neuer Leiter des Polizeireviers Dresden-Nord vor. Er und sein Stellvertreter, **Herr Melchers**, stellen die Kriminalitätsstatistik anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1) vor. Ergänzend dazu führt er aus, dass die Polizei auf eine gute Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern angewiesen sei, was auch beim Polizeirevier Dresden-Nord gegeben sei.

**Schwerpunkte der Diskussion:**

Die Ortsbeiräte danken für die Ausführungen. Es wird u. a. hinterfragt, welcher Trend für das Jahr 2015 zu erwarten bzw. wie das Verhältnis zwischen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Vergleich zu anderen Stadtteilen sei. **Herr Imhof** vermutet, dass die Tendenz für 2015 in etwa gleichbleibend sei. Des Weiteren stellt er klar, dass die Polizei sich sehr für die Verkehrsüberwachung einsetze. Der Verkehrsüberwachungsdienst sei bei der Polizeidirektion angesiedelt. Alle weiteren Ordnungswidrigkeiten bearbeite vor allem die Stadtverwaltung und nicht primär die Polizei. **Herr Melchers** ergänzt, dass die Polizei einen guten Kontakt mit der Besonderen Einsatzgruppe (BEG) pflege. Im Übrigen müssen bei der Strafverfolgung Prioritäten gesetzt werden. Auf die Frage von **Frau Horst**, ob sich der Albertplatz zu einem Brennpunkt entwickle, wird dies verneint.

Kritisch wird jedoch seitens mehrerer Ortsbeiräte das Thema Verkehrssicherheit gesehen. Dazu wird hinterfragt, wie die Polizei versucht, den Verkehr geordnet zu halten und präventiv tätig zu sein. **Herr Imhof** führt aus, dass lediglich eine Laserpistole vorhanden sei, wofür bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssten. In der Neustadt sei dies aufgrund der Platzverhältnisse sehr schwierig.

Verstärkte Kontrollen gab es jedoch zu Schuljahresbeginn vor den Schulen. Des Weiteren wurden Kontrollen von Radfahrern durchgeführt, welche aufgrund des Fahrens in falscher Richtung eine Hauptunfallursache seien.

Die Nachfrage von **Frau Gieland** zur Aufklärungsquote bei Eigentumsdelikten beantwortet **Herr Imhof** mit 78,5 Prozent. Dies sei jedoch bezogen auf alle beim Polizeirevier Nord endbearbeiteten Fälle.

Die von **Herrn Knaak** geäußerten Bedenken zur Drogenkriminalität werden aufgrund der leichten Verfügbarkeit auch durch die Polizei geteilt. Eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten sei zwar möglich, müsse aber nachgereicht werden. Eine Statistik zur Beschaffungskriminalität werde nicht geführt.

**Herr Stadtrat Schulze** kritisiert den Stellenabbau in den Polizeirevieren und den daraus resultierenden Präsenzzeiten. **Herr Imhof** erklärt, dass er zu den aktuellen Zahlen zum Stellenabbau sowie den von **Herrn Schneider** hinterfragten Interventionszeiten keine Aussagen treffen könne. Er betont jedoch, dass das Polizeirevier Nord für die zu erledigenden Aufgaben gut aufgestellt sei. Er ergänzt, dass es bei der Polizei - anders als bei der Feuerwehr - keine Mindestinterventionszeiten gebe.

Durch die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat werden folgende Standorte als Schwerpunkte für Geschwindigkeitsüberschreitungen genannt:

- Königsbrücker Straße stadteinwärts
- Stauffenbergallee stadtauswärts
- Rudolf-Leonhard-Straße/Buchenstraße (nördlicher Hecht)
- Schulwegsicherheit Marienallee/Ecke Stauffenbergallee
- Königsbrücker Straße/Ecke Stauffenbergallee

**Herr Imhof** bittet, ihm diese Aufzählung zukommen zu lassen.

**Der Vorsitzende** dankt für die Information und kündigt an, dies auch im kommenden Jahr wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

### **3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**

**3.1 Um- und Neugestaltung der Martin-Luther-Straße und Pulsnitzer Straße im Sanierungsgebiet Äußere Neustadt** **V0597/15 beratend**

→ Vertagung

**3.2 Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteilbezogene Vorhaben (Fachförderrichtlinie der Ortsämter)** **V0448/15 beratend**

**Herr Barth** stellt die Vorlage vor und verweist auf die verschiedenen Projekte, die bereits gefördert worden seien, unter anderem

- Kunit e. V. an der Berliner Straße/Ecke Waltherstraße mit dem Ziel der Bürgerbeteiligung und der Förderung eines Gemeinschaftsraumes
- NABU: Küstenreinigung, dabei Unterstützung mit Logistik und Flyerdruck
- Alaunplatz: Müllprojekt, dabei Flyerförderung
- Projekt mit Baumpatenschaften an der Seifhennersdorfer Straße

- Interkulturelles Straßenfest auf dem Bönischplatz
- Lehrstellenbörse Johannstadt, dabei Übernahme der Plakatkosten

Stadtweit handle es sich um einen Betrag von ca. 20.000 Euro, mit dem die Projekte gefördert worden seien. Er betont, dass es keinen Anspruch auf Förderung gebe. Mehrfachförderungen seien möglich, müssten aber aufgelistet werden. Die Fachförderrichtlinie sei bewusst sehr kurz und einfach gehalten, obwohl die Fördertatbestände sehr weitreichend seien. Die Fachförderrichtlinie beruhe auf der Rahmenrichtlinie, welche zuletzt am 1. August 2001 geändert worden sei. Es gelte der Grundsatz der Teilfinanzierung, im Ausnahmefall Vollfinanzierung, und die Fachförderrichtlinie sei universell einsetzbar. Es gebe keine finanziellen Auswirkungen, denn die Vorlage regle nur das Verfahren. Die Unterschriftsbefugnis sei mit den 5.000 Euro willkürlich gewählt worden. Der Stadtrat müsse die Richtlinie beschließen, da er die Richtlinienkompetenz besitze. Die SächsGemO biete keine Rechtsgrundlage für die Vergabe der einzelnen Förderungen an Vereine etc., da das erst mit der Einführung der Ortschaftsverfassung gegeben sei. Bis dahin liege die Entscheidungsbefugnis beim Ortsamt.

Die im Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. vorgeschlagene Beratung könne stattfinden, ändere aber nichts an der Entscheidungskompetenz des Ortsamtsleiters.

**Frau Wacker** bringt den Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. ein und konstatiert, dass die Ortsbeiräte wissen sollten, was in dem Stadtteil gefördert werde.

**Herr Logé** fragt zur Ziffer 4 Absatz 1 Buchstabe e, was der Mindestlohn konkret bedeute. **Herr Barth** betont, dass der Zuwendungsempfänger gewährleisten müsse, dass der Mindestlohn gezahlt werde. Dies müsse im Antrag (Anlage 1 zur Vorlage) bestätigt werden, da dies gesetzlich so vorgeschrieben sei.

**Herr Prof. Dr. Meyer** erklärt, dass der Ergänzungsantrag nur zu Verzögerungen führe. Bei einer Zuwendungssumme unter 500 Euro müsse die Ortsamtsleitung nicht informieren, weshalb die Summen bewusst unter dieser Grenze gehalten werden könnten, damit ein einfaches Verfahren erreicht werde.

Zudem gehe es insgesamt nicht um große Summen und der Ortsbeirat wäre bei Zustimmung zum Ergänzungsantrag das „Nein-Sage-Gremium“. Er schlägt des Weiteren vor, bei Ziffer 4 Absatz 2 einen Absatz zwischen den beiden Sätzen einzufügen. Dies übernimmt der Einreicher in dieser Art und Weise.

**Frau Siebeneicher** bittet darum, dass eine Übersicht der Projektförderungen des Ortsamtes für die letzten beiden Jahre als Tischvorlage erarbeitet werde. Unabhängig davon, stelle der Ergänzungsantrag bereits ein Bekenntnis für die Zeit nach der Einführung der Ortschaftsverfassung dar. Der Ortsbeirat sollte in die Projekte eingebunden werden bzw. daran teilhaben. Die Förderentscheidungen sollten keinesfalls an Stadtratsmehrheiten gebunden sein. **Frau Wacker** ergänzt, dass sich der Stadtrat bei der Kulturförderung auch mit den Vorschlägen befasse und eingebunden werde. Dasselbe sei für den Ortsbeirat wichtig. Mit der Ortschaftsverfassung würde mehr Verantwortung auf die späteren Ortschaften zukommen und man könne somit bereits für diese Zeit „proben“.

**Frau Thielke** schlägt vor, Kriterien für den Ortsamtsleiter aufzustellen, nach denen eine Förderung erfolgen könne, da dies transparenter für die Betroffenen sei.

**Frau Gieland** halte es für besser, die Informationsweitergabe über die Förderungen direkt in das Verfahren einzugliedern.

**Herr Stadtrat Schulze** legt dar, dass Ortsvorsteher mit ihren Verfügungsfonds teilweise sehr großzügig umgegangen seien und so etwas durch den Ergänzungsantrag verhindert werden sollte. Zudem seien Kriterien für die Förderungen in der Richtlinie verankert.

**Herr Barth** betont, dass die jetzt bestehenden Ortschaften eine eigene Finanzhoheit hätten, die Ortsämter müssten alle Auszahlungen vom Büro des Geschäftsbereiches Ordnung und Sicherheit anordnen lassen.

**Herr Barth** lässt über folgenden Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. abstimmen:

„In Ziffer 5 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

**Vor der Entscheidung ist der Ortsbeirat über Adressaten, Gegenstand und Höhe der beabsichtigten Förderung so rechtzeitig zu informieren, dass eine Befassung in der Ortsbeiratssitzung und eine empfehlende Stellungnahme an die Ortsamtsleitung möglich ist. Weicht die Ortsamtsleitung von der Empfehlung ab, ist dies schriftlich oder in einer Ortsbeiratssitzung zu begründen. Bei Zuwendungen, die im Einzelfall 500 Euro nicht überschreiten, ist eine nachträgliche Information ausreichend.“**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 11 Nein 3 Enthaltung 3

Der Hinweis von **Herrn Prof. Dr. Meyer**, im Punkt 4 Absatz 2 die beiden folgenden Sätze zu trennen, wird vom Einreicher übernommen:

**„(2) Politische Parteien und Wählervereinigungen sind von der Förderung ausgeschlossen.**

**Gleiches gilt für natürliche oder juristische Personen, deren Agieren im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland steht.“**

**Herr Barth** lässt über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 2

## 4 Informationen, Hinweise und Anfragen

### 4.1 Aktuelle Informationen zum Thema Asyl

**Frau Meier** tritt der Sitzung bei, **Herr Schneider** verlässt den Sitzungsraum.

**Der Vorsitzende** verweist auf die ausgereichten Dokumente:

- Newsletter des Sächsischen Ausländerbeauftragten vom 9. sowie 23. September 2015,
- Presseinformation zur Welcome App,
- Informationen des Bundesamtes für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Hilfen für schwangere Flüchtlinge“
- Aktuelle Informationen des Sozialamtes zur Umsetzung der Vorlage V0085/14 mit Stand vom 5. Oktober 2015
  - o Katharinenstraße (ehemalige Feuerwehr)
    - vorgesehen als Wohnheim für eine befristete Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern mit 2 mal 60 Plätzen (Prüfung einer dauerhaften Unterbringung)
    - Derzeit ist noch nichts über einen Termin der Inbetriebnahme bekannt
    - Voraussichtlich wird die Inbetriebnahme Mitte bis Ende Oktober 2015
    - Sobald Näheres bekannt ist, erfolgt eine Information an die Ortsbeiräte per E-Mail und eine Bürgerversammlung
  - o Stauffenbergallee: Wohnheim für Asylbewerberinnen und Asylbewerber soll zum Jahresende 2015 in Betrieb gehen

**Herr Knaak** fragt, ob die Mitteilungen nichtöffentliche Zahlen enthielten, was **Herr Barth** verneint. Gleichzeitig wirbt er für die Verbreitung der Informationen.

**Frau Gieland** macht auf einen Termin am 12. Oktober 2015 um 18 Uhr aufmerksam: „Wie kann man sich für Flüchtlinge engagieren in der Neustadt? Was ist der aktuelle Stand?“

### 4.2 Sonstige Informationen, Anfragen

**Herr Barth** gibt einen Überblick über die ausgereichten Unterlagen:

- Antwort des Stadtplanungsamtes zur Anfrage von Herrn Barthel zum Sachstand Hotel Stadt Leipzig
- Antwort des Straßen- und Tiefbauamtes zur Anfrage von Herrn Abel zur Erneuerung der Brücke Fabricestraße
- Stellungnahme von Herrn Prof. Költzsch zum Lärmaktionsplan Äußere Neustadt
- Sitzungstermine 2016:  
18.01.2016, 22.02.2016, 14.03.2016, 11.04.2016, 02.05.2016, 06.06.2016, 15.08.2016, 12.09.2016, 17.10.2016, 07.11.2016, 05.12.2016
- Einladung Workshop „Bauen und Wohnen nach 2030“
- Unterstützerbrief: Initiative Erhalt des Canaletto-Blickes
- Einladung Tagung 9./10. Oktober 2015 im Japanischen Palais
- Veranstaltung zum Thema „Ortschaftsverfassung“:
  - Einladung für den 26. Oktober 2015 im Heinrich-Schütz-Konservatorium im Rahmen einer Podiumsdiskussion; Referent ist Herr Barth
- Informationen:



- Stelen-Kunstwerk Königsbrücker Straße
  - Gagfah hat die Kunstwerke gereinigt und gestrichen
- Schulwegsicherheit
  - Entsprechende Zahlen von möglichen Querungen wurden erarbeitet
  - Straßen- und Tiefbauamt wurde gebeten, eine Ampel zu installieren
  - Schulweghelfer wurde versucht zu installieren, Meldungen über mögliche Schulweghelfer sind an Herrn Barth zu richten
  - Schulweghelfer bekommen eine Aufwandsentschädigung und werden geschult
  - Bürgerstiftung wurde angeschrieben und wird das Problem bekannt machen

**Frau Wacker** schlägt Asylbewerberinnen und Asylbewerber für solch eine Arbeit vor. **Herr Barth** entgegnet, dass dies während des laufenden Asylverfahrens (Status noch nicht entschieden) nicht möglich sei.

**Herr Barth** informiert zu derzeitigen Vertretungen im Ortsamt Neustadt:

- Frau Mandy Pretzsch ist nun stellvertretende Ortsamtsleiterin,
- Frau Elsa Claus ist übergangsweise als Sachbearbeiterin Ortsbeiratsangelegenheiten bis zur Nachbesetzung der Stellen in Altstadt und Neustadt eingesetzt.

**Herr Prof. Dr. Meyer** macht auf seine Anfrage mit dem Titel „Scheune - barrierefrei?“ (Anlage 2) aufmerksam.

**Frau Siebeneicher** gibt bekannt, dass sie für Herrn Stadtrat Hoffsommer in den Stadtrat nachgerückt sei und ihr Mandat als Ortsbeirätin niederlegen werde.

**Der Vorsitzende** beendet die Sitzung.

André Barth  
Vorsitzender

Elsa Claus  
Schriftführerin

Jörg Logé  
Ortsbeirat

Oliver Mehl  
Ortsbeirat

Anlagen